

ner Staates eintreten, sondern auf jene, die heute jeden Schritt zur Verständigung sabotieren. Sie schwätzen in demagogischer Weise von „einem neuen Stil“, davon, daß sie nach dem Rezept von Brandt „mit jedem Zusammengehen, ganz gleich, was er denkt und wo er steht“.

Aber dieses Zusammengehen sieht dann so aus, daß sie vor Adenauer in Bonn und vor dem Papst in Rom katzbuckeln und sich in der Hetze gegen die DDR überschlagen, daß sie für die Festigung der Macht der Konzerne eintreten und die Selbständigkeit der Arbeiterbewegung in Westdeutschland liquidieren wollen.

Eine bürgerliche Arbeiterpartei

Diese Politik und Praxis der sozialdemokratischen Parteiführung unterstreicht nachdrücklich die Einschätzung des 16. Plenums des ZK unserer Partei über den Charakter der SPD. Die Sozialdemokratische Partei in Westdeutschland ist heute keine reformistische Arbeiterpartei mehr, sondern eine bürgerliche Arbeiterpartei mit einem antisozialistischen, antidemokratischen, imperialistischen Programm und entsprechender Praxis.

Der offene Übergang der sozialdemokratischen Parteiführung auf die Position des Imperialismus und Militarismus, der mit der Annahme des Godesberger Programms 1959 seine programmatische und politisch-ideologische Begründung und durch die Parteitage in Hannover 1960 und in Köln 1962 seine praktische Bestätigung fand, hat ernste Konsequenzen für die westdeutsche Arbeiterbewegung mit sich gebracht. Eine solche Lage stellt mit allem Ernst und eindringlich vor den westdeutschen Arbeitern die Frage:

Wie geht es weiter?

In unserem nationalen Dokument „Die geschichtliche Aufgabe der DDR und die Zukunft Deutschlands“ und in den Ausführungen des Genossen Walter Ulbricht auf dem Nationalkongreß wird nachgewiesen, daß vnr allen friedliebenden Menschen in Westdeutschland, insbesondere vor der Arbeiterklasse, die unabdingbare Aufgabe steht, die* Ultras aus dem gesellschaftlichen Geschehen auszuschalten, um die Politik der Atomrüstung,

der Revanche und der Kriegsprovokationen zu beenden und eine Politik der Vernunft und der Verständigung durchzusetzen.

„Der erste Schritt“, sagte* Genosse Ulbricht, „ist eine Entspannung durch Verständigung über die deutsche Friedensregelung und die friedliche Lösung der Westberlin-Frage.“ Das erfordert, daß Schritt für Schritt die imperialistischen und militaristischen Kräfte ausgeschaltet und schließlich entmachtet werden.

Arbeiter müssen Aktionseinheit schaffen

Die Grundvoraussetzung, um den Imperialismus und Militarismus in Westdeutschland zu überwinden, ist die Aktionseinheit der Arbeiterklasse. Die Aktionseinheit der Arbeiterklasse wird aber nur im Kampf gegen die NATO und Atomrüstungspolitik, für Abrüstung und die Sicherung der wirtschaftlichen und demokratischen Rechte wachsen.

Der Imperialismus und Militarismus kann in Westdeutschland nur dann geschlagen werden, wenn in der Arbeiterbewegung seine Helfer geschlagen und ausgeschaltet werden. Deshalb wird die Aktionseinheit der Arbeiterklasse, der gemeinsame Kampf von Sozialdemokraten, Kommunisten und Gewerkschaftern, nur dann erfolgreich sein, wenn der Einfluß der Brandt und Wehner in der westdeutschen Arbeiterbewegung gebrochen ist.

Im Kampf gegen den Imperialismus und Militarismus in Westdeutschland entwickelt sich auch, wie Genosse Ulbricht auf dem 16. Plenum hervorhob, die Zusammenarbeit zwischen den Organisationen der Arbeiterklasse der DDR und den westdeutschen sozialdemokratischen Organisationen, den Gewerkschaftsorganisationen und anderen demokratischen Massenorganisationen. In diesem Kampf wird bei den westdeutschen Arbeitern die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Einheitsfront der Arbeiterklasse in ganz Deutschland wachsen. Diese Einheitsfront ist die Grundvoraussetzung, damit Frieden, Demokratie und Sozialismus in ganz Deutschland triumphieren können.

Dr. Hellmuth Kolbe